



Öffentliche Wut

Im öffentlichen Dienst passiert etwas Außergewöhnliches: Die Leute begehren auf. Sie wollen mehr Geld, viel mehr Geld. Sind ihre Forderungen berechtigt?

von Georg Mair

Der Protest der 4.000
am 10. April: „Die
Leute trauen den
Versprechungen
nicht mehr.“



Karin Wellenzohn, Kindergärtnerin von Beruf, ist die Landessekretärin der Landesbediensteten im Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB). Keine Revoluzzerin. Aber am 10. April zog sie zusammen mit 4.000 Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes durch Bozen bis vor den Landtag.

Das Protestieren sind sie nicht gewohnt, aber sie sind zornig. Sehr zornig.

„Normalerweise“, sagt Karin Wellenzohn, „ist es fast unmöglich, die Leute zu einer Versammlung zu bringen, geschweige denn zu einer Demonstration, aber die Leute sind frustriert und demotiviert.“

Drinne war der Landtag zu seiner monatlichen Sitzung versammelt, draußen standen Schulwarte, Straßenarbeiter, Kindergärtnerinnen und Amtsdirektoren, sie trugen Transparente und Plakate und skandierten: Außer, ihr Lauser.

Der harmlose Slogan sorgte im Hohen Haus für finstere Mienen. Beim Landeshauptmann (siehe Interview), der sich missverstanden fühlte, bei Landesrätin Waltraud Deeg, für das Personal zuständig, die die Demonstranten verdächtigte, sie seien nicht freiwillig gekommen, sondern getrieben und aufgewiegelt worden, bei SVP-Fraktionssprecher Gerd Lanz, Unternehmer, der wie viele Unternehmer meint, Angestellte im öffentlichen Dienst seien im Vergleich mit der Privatwirtschaft privilegiert: „Äußerungen, wie ‚Außer, ihr Lauser‘ sind sehr befremdlich.“

Lange hat es in Südtirol keine so große Demonstration der öffentlich Bediensteten mehr gegeben.

Was ist passiert?

42.000 Menschen arbeiten im öffentlichen Dienst, es sind in den vergangenen Jahren immer mehr geworden, auch weil das Land immer mehr Kompetenzen übernommen hat. Sie arbeiten beim Land (Verwaltung, Kindergärten, Straßendienst oder Forstbehörde), in Schulen staatlicher Art, Gemeinden, Bezirksgemeinschaften, im Gesundheitsdienst oder in Altersheimen (siehe Grafik). Wobei der Kern der Verwaltung, die, die man gemeinhin Beamte nennt, auf 2.700 Personen geschrumpft ist.

Wenn in diesem Sektor über höhere Löhne verhandelt wird, hat das Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft. Deshalb beobachtet die Privatwirtschaft genau, wieviel mehr Geld am Ende herunkommt. „Dem öffentlichen Dienst“, sagt Stefan Perini, Direktor des Afi (Arbeitsförderungsinstitut), „kommt eine Vorreiterrolle zu, wenn es um Lohnerhöhungen geht. Die Privatwirtschaft muss nachziehen, wenn sie gute Leute haben will.“

Am Dienstag, 30. April, haben die Verhandlungen über einen neuen Vertrag für den öffentlichen Dienst ihren Anfang genommen, über den BÜKV, ausgeschrieben ein Wortungetüm, „bereichsübergreifender Kollektivvertrag“. In ihm sind Grundgehalt und Sonderergänzungszulagen (SEZ) festgehalten, neun Funktionsebenen umfasst die Gehaltstabelle – vom Schulwart, der jeden Tag 1.260 Quadratmeter putzen muss, bis zum Journalisten im Landespresseamt, der über die guten Taten der Landesräte berichtet. Zulagen für Turnusdienste, Bereitschaft oder Führungsaufgaben oder die Beschreibung von Berufsbildern sind hingegen in den einzelnen Bereichsverträgen festgeschrieben. Auch von denen sind viele noch nicht neu verhandelt.

Der letzte BÜKV wurde 2016 abgeschlossen. 80 Euro brutto im Monat mehr, 40 Euro mit Juli 2016, 40 mit April 2017

Karin Wellenzohn hätte es nicht weit in den Landtag oder zum Landeshauptmann. Ein paar Schritte, dann wäre sie im Zentrum der Macht. Will man zu ihr, muss man am Landhaus vorbei, in dem Arno Kompatscher sein Büro hat, man passiert den Seiteneingang des Landtags und dann steht man bei ihr im Büro.

Auf dem Bildschirm ihres PCs die Nettogehälter für den öffentlichen Dienst. Circa 1.500 Euro (ohne Zulagen) für einen Schulwart mit 32 Dienstjahren, 1.600 für einen Straßenwärter, 2.200 für einen Verwaltungsinspektor mit Uni-Abschluss.

– macht netto, wenn es gut geht, etwa die Hälfte. Plus die Einführung des Sanitätsfonds (123 Euro im Jahr, für Brillen oder Zahnarzt) und die Erhöhung des Arbeitgeberanteils am Laborfonds (Zusatzrente) auf zwei Prozent, wenn auch der Arbeitnehmer mindestens zwei Prozent einzahlt. Ein Paket, sagt Landeshauptmann Arno Kompatscher, von 143 Millionen Euro in drei Jahren.

Ja, was wollen die Gewerkschaften dann noch? Sie fordern zehn Prozent mehr Gehalt. Das würde dem Land um die 150 Millionen Euro im Jahr kosten. Es geht um mehr Geld, es geht aber auch um die Erneuerung der Berufsbilder – der normative Teil des Vertrags, in dem sie beschrieben werden, ist schon lange verfallen. Überholt von der Digitalisierung.

Um den Zorn der Bediensteten zu verstehen, muss man fast zehn Jahre zurückgehen. Auf den Verhandlungsstopp für den öffentlichen Dienst der italienischen Regierung im Jahr 2010, der von den folgenden Regierungen (Mitte-links) einfach weiterge-

schrieben wurden. Verhandlungsstopp war gleich Gehaltsstopp. In Südtirol wurden mindestens, bei positiver Beurteilung durch den Vorgesetzten, die Gehaltsvorrückungen gerettet (6 Prozent alle zwei Jahre in den ersten acht Jahren, danach 3 Prozent), im restlichen Italien gab es nicht einmal mehr das. Bis heute.

2015 hob das Verfassungsgericht die Lohnblockade auf, der auch das autonome Südtirol trotz seiner primären Zuständigkeit für das Personal gefolgt war. Jetzt darf wieder um Lohnerhöhungen gefeilscht werden. Das Verfassungsgericht baute freilich in seinem Urteil eine Bremse ein: Nicht erlaubt ist es, die Gehaltseinbußen der vergangenen Jahre zu kompensieren.

Hanspeter Staffler, der frühere Generaldirektor des Landes und jetzt Landtagsabgeordneter der Grünen, sagt: „Das Land hätte in autonomiepolitischer Hinsicht ruhig mutiger sein und selbständig verhandeln können.“ Fällt im Gespräch sein Namen, legt sich die Stirn von Arno Kompatscher in Falten. „Wir hatten keinen Spielraum“, sagt er, „aber ich habe von Staffler diesbezüglich auch nie etwas gehört.“

Karin Wellenzohn erklärt, wozu der Gehaltsstopp im öffentlichen Dienst geführt hat: „Wir bekommen im Verhältnis weniger als im Jahr 2000“. Und rechnet vor: 36 Prozent mehr Gehalt im Schnitt bei einer Inflation von gut 46 Prozent von 2000 bis 2018. In Südtirol sind die Lebenshaltungskosten um 20 Prozent höher als im restlichen Italien, hat das Afi (Arbeitsförderungs-institut) errechnet, doch Löhne und Gehälter liegen nur sechs Prozent über dem nationalen Schnitt.

Eine der Gegenspielerinnen des Landes bei den Verhandlungen ist Angelika Hofer, Landessekretärin des AGB/Cgil. Hinter ihrem Schreibtisch hängt „Il quarto stato“ (Der vierte Stand) von Giuseppe Pellizza da Volpedo, ein berühmtes Gemälde aus dem Jahr 1901, das das Erstarken der Arbeiterbewegung feiert. Ein nostalgisches Symbolbild aus anderen Zeiten, längst schon verblasst.

Was hat das Fass zum Überlaufen gebracht?

Dass im Finanzgesetz nur zwei Millionen Euro für die Verhandlungen bereitgestellt wurden, als Platzhalter.

Der Landeshauptmann sagt, das sei so üblich, das Geld sei vorhanden und werde per Nachtragshaushalt zur Verfügung stehen.

Ich kann nur sagen, was das Gesetz vorsieht, es sieht vor, dass die Geldmittel im höchstmöglichen Ausmaß ausgewiesen werden müssen. Mit einem Platzhalter, am Ende sind es nach einer Panne im Landtag gar nur mehr eine Million Euro, können wir nicht viel anfangen. Wir können uns nur an das Gesetz halten und nicht an Versprechungen.

Es kann ja nicht nur um Geld gehen, bei so viel Unmut?

Es geht auch um Geld. Was soll ich zum Beispiel einem jungen Mann sagen, der einen Wettbewerb als Straßenwärter gemacht hat und 1.219 Euro netto auf seinem Konto findet als Anfangsgehalt. Und es hapert auch in der Wertschätzung und der Kommunikation. Dabei tun die Leute alles, um die Dienste aufrechtzuerhalten.

Am 30. April gab es die erste Verhandlungsrunde. Was passiert, wenn die Verhandlungen sich nicht nach Ihren Vorstellungen gestalten?

Streik ist immer das letzte Mittel. Bis es soweit kommt, gibt es auch noch die Möglichkeit von Gewerkschaftsversammlungen – je-



Foto: Alexander Alber

Protest der öffentlich Bediensteten vor dem Landhaus in Bozen: Was erlauben sich die da draußen?

Ärger für Arno

„Ich habe meine Versprechen immer gehalten“, sagt der Landeshauptmann. Wie er den Zorn der öffentlich Bediensteten bändigen will.

ff: Haben Sie eine Erklärung für den Unmut der Landesbediensteten?

Arno Kompatscher: Ich kann mir das Verhalten der Gewerkschaften nicht ganz erklären. Und es ärgert mich auch. Wir haben uns bereits im Herbst getroffen und vereinbart, dass wir nach den Wahlen und nach der Regierungsbildung die Verhandlungen aufnehmen. Wir waren uns einig, dass wir über Gehaltsanpassungen reden müssen. Und schon dort habe ich angekündigt, dass wir im Haushalt einstweilen einen Platzhalter vorsehen und ihn dann entsprechend dem Ausgang der Verhandlungen anpassen werden. Das ist immer schon so gehandhabt worden.

Wissen das die Gewerkschaften nicht?

Ja, aber sie wollten das offensichtlich zum Thema machen und deshalb hat Personal-Landesrätin Waltraud Deeg auch gemeint, die Leute seien ein wenig aufgewiegelt worden. Sie ist dafür scharf kritisiert worden, aber die Wahrheit wird wohl noch Platz haben dürfen.

Ist das Anliegen der Gewerkschaft – mehr Lohn – nicht legitim?

Natürlich, aber die Aggressivität einiger Gewerkschaftsvertreter ist nicht erklärbar, denn der Vertrag der öffentlich Bediensteten ist mit Jahresende verfallen und wir nehmen jetzt Verhandlungen auf.

Ist die Forderung der Gewerkschaften, zehn Prozent mehr Lohn, gerechtfertigt?

Die Forderung wird mit dem Argument begründet, es habe einen zehnprozentigen Kaufkraftverlust gegeben.

Mir hat aber noch keiner erklären können, woher diese Zahl kommt.

Inflation, Gehaltsstopp seit 2011?

Der letzte bereichsübergreifende Vertrag für die öffentlich Bediensteten wurde 2016 abgeschlossen.

80 Euro brutto mehr pro Monat.

Der Vertrag hat dem Land insgesamt 145 Millionen Euro in drei Jahren ge-

kostet. Schade, dass wir nicht sachlich mit Zahlen diskutieren können. Es gab nämlich neben den 80 Euro noch die Einführung des Gesundheitsfonds und die Erhöhung des Arbeitgeberbeitrags am Laborfonds. Zwischen 2011 und 2014 gab es einen gesetzlich verfügten Verhandlungsstopp, 2015 hat das Verfassungsgericht eine Bestimmung im staatlichen Finanzgesetz annulliert, das den Stopp weitergeschrieben hat. Mit



Der Landeshauptmann hat viele Baustellen: den Flughafen, die Autobahn. Und jetzt auch noch die Gehälter für den öffentlichen Dienst.

Foto: Alexander Alber

dem ausdrücklichen Hinweis, dass der Verlust der vergangenen Jahre nicht kompensiert werden darf. Das war eine Verpflichtung des Staates gegenüber der EU, ich kann also bei Verhandlungen nicht ins Feld führen, dass es gilt, Verlorenes aufzuholen. Aber in Südtirol hat es trotzdem eine Gehaltsentwicklung gegeben, die zweijährigen Vorrückungen – im Unterschied zum restlichen Italien.

Gab es einen Kaufkraftverlust?

Ja, und deshalb wird es auch eine Gehaltsaufbesserung geben. Und es braucht sie auch, aber ich verstehe nicht, warum man mit so extremen Zahlen hantiert, ohne sie belegen zu können. Das halte ich nicht für seriös.

Der neue Vertrag soll dem Land ja um die 150 Millionen Euro kosten, ...

... wenn man von einer Gehaltsaufbesserung von zehn Prozent ausgeht. Sicher, es wird am Ende das x-fache der Million sein, die wir als Platzhalter in den Haushalt eingesetzt haben. Aber es wäre jetzt von meiner Seite nicht seriös, Zahlen zu nennen.

Bei den Führungskräften ging die Gehaltsaufbesserung ganz schnell, 26 Prozent plus.

Das ist eine Falschmeldung, fast ein Fall für eine Verleumdungsklage. Es hat ein Urteil des Staatsrates und des Rechnungshofes gegeben, das den Vertrag für die Führungskräfte außer Kraft gesetzt hat – sie standen ohne Vertrag da. Wir waren gezwungen, einen Vertrag zu machen, der teurer ist als der alte. Warum verschweigt man das? Ich bitte darum, die Fakten korrekt wiederzugeben.

Ist das Geld für die Aufbesserung der Gehälter da?

Der Finanzlandesrat sagt, wir haben das Geld. Wir haben einen Verwaltungsüberschuss.

Die Gewerkschaften sagen, wir trauen dem Landeshauptmann nicht, er hat eine Schlagseite zur Wirtschaft hin.

Dass ich eine Zusage an die Gewerkschaften nicht eingehalten hätte, muss mir erst einmal jemand nachweisen. Ich habe in den letzten fünf Jahren bei den Treffen mit den Gewerkschaften nachweisbar viel Lob bekommen für meine ausgewogene Politik, vor allem für meine Sozialpolitik.

Sozialpolitik?

Wir haben die Ausgaben für Bildung, Soziales und Gesundheit um einiges angehoben, das Familiengeld verdoppelt, die Pflegesicherung mit dem nötigen Geld ausgestattet, obwohl die Kosten ständig steigen, die Sozialleistungen abgesichert und neu strukturiert, wir haben den Steuerfreibetrag auf die Irpef auf die ersten 28.000 Euro eingeführt. Wir haben im Bildungs-, Sozial- und Gesund-

„Ich habe bei den Treffen mit Gewerkschaftern immer **viel Lob für meine ausgewogene Politik** bekommen, vor allem für meine Sozialpolitik.“

heitsbereich mehr Leute angestellt, während der Kernbereich der Verwaltung, die sogenannten Beamten, 2.700 Mitarbeiter, immer mehr schrumpft. Was ist das für eine Schieflage, wenn die Entlastung für Unternehmer und Arbeitnehmer gleich hoch ist, jeweils 90 Millionen an entgangenen Steuereinnahmen?

Gibt es genug Wertschätzung für den öffentlichen Dienst?

Gibt es eigentlich nie. Und es ist sicher notwendig, noch mehr aufzuzeigen, was die öffentlich Bediensteten jeden Tag leisten, die Straßenwärter, die Behindertenbetreuer, die Pflegekräfte oder die 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bildungsbereich. Das sage ich den Leuten bei Bürgerversammlungen auch immer wieder.

Ist der öffentliche Dienst attraktiv?

Im Moment haben wir Schwierigkeiten. Das hat zu tun mit der Gehaltsentwick-

lung in der Privatwirtschaft vor allem im oberen Bereich. Führungskräfte laufen uns in Scharen davon. Wir sind in vielen Bereichen wettbewerbsfähig, in anderen sind wir es nicht. Das hat auch, aber nicht nur, mit dem Gehalt zu tun, eine große Rolle spielt die gestiegene Verantwortung im öffentlichen Bereich, die Sorge, vor Rechnungshof oder Verwaltungsgericht gezogen zu werden. Wir finden deswegen zum Beispiel keinen Leiter für die Zahlstelle des Landes.

Bis 2030 gehen die Hälfte der Landesbediensteten in Pension. Wie wollen Sie die Verwaltung aufstellen?

Den kompletten Turnover werden wir nicht schaffen, aufgrund der demographischen Situation. Wir haben dafür gar nicht die Leute.

Also?

Im Bildungs- und Sozialbereich muss man sicherlich die Zugangsvoraussetzungen neu definieren. Braucht es im Kindergarten für alle einen universitären Abschluss? Ähnliches gilt im Sozialbereich. Ich halte es für absurd, dass jeder einen akademischen Abschluss haben muss. Hier müssen wir im Rahmen der Autonomie abgestufte Ausbildungsmodelle finden. Das andere ist die Zusammenarbeit mit Genossenschaften und Privaten, wenn es um die Erbringung von Dienstleistungen geht. Wir müssen uns fragen, was wir durch Digitalisierung vereinfachen können und wie wir Verfahren zusammenführen können – wir haben im Moment zum Beispiel 500 verschiedene Verfahren, um Zahlungen zu leisten. Das heißt, Leistungen bündeln, um im Kernbereich mit weniger Menschen auszukommen, während wir bei der Arbeit mit Menschen auf Menschen nicht verzichten können. Und dann brauchen wir eine gesteuerte Zuwanderung – was täten unsere Altersheime ohne Leute aus anderen Ländern? Und ja, ganz klar, es braucht auch eine Gehaltserhöhung. Darüber beginnen jetzt die Verhandlungen. ■

Interview: Georg Mair



Foto: Alexander Albr

Mehr Geld, mehr Wertschätzung, mehr Rechte für Frauen, draußen vor dem Landtag die Demo, drinnen die Aprilsession des Landtags: „Normalerweise bringen wir die Leute nicht einmal zu einer Versammlung, geschweige denn zu einer Kundgebung.“

der öffentlich Bedienstete hat Anrecht auf zehn Stunden, bezahlt, in denen er an Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen kann. Und effektiver als ein ganztägiger Streik ist ein stundenweiser Streik.

Der öffentliche Dienst ist ein unerlässlicher Teil der Demokratie. Ohne Verwaltung keine Demokratie. Der Soziologe Max Weber, einer der Theoretiker der Bürokratie, nennt die Verwaltung die „rationale Form der legalen Herrschaft“. Eine Behörde mit beruflichen Verwaltern schützt im Idealfall vor Willkür, weil sie an Regeln und Gesetze gebunden ist, sie ist neutral, weil sie auf alle die gleichen Regeln anwendet, sie macht Entscheidungen nachvollziehbar, indem sie Akten anlegt.

„Eine Demokratie braucht einen Hilfsapparat“, sagt Günther Pallaver, Professor für Politikwissenschaften an der Universität

Innsbruck, „dieser Apparat hat den Gleichheitsgrundsatz in die politischen Systeme gebracht. Erfüllt ein Bürger die Voraussetzungen, steht ihm eine Dienstleistung zu. Es gibt in Europa allerdings große Unterschiede in der Beziehung zwischen Verwaltung und Bürgern. In Italien herrscht gegenüber den Bürgern ein Grundmisstrauen, das erfordert immer neue Normen, um Verstöße zu verhindern. Wo Vertrauen herrscht, gibt es weniger Normen.“

Was hat sich in der Verwaltung geändert?

Der Verwalter ist ein Dienstleister, die Verwaltung hat marktwirtschaftlich und kostenbewusst zu sein. Es hat in den öffentlichen Diensten eine ungeheure Beschleunigung gegeben. Der Bürger will eine Leistung sofort, sonst gilt der Beamte als faul. Dabei braucht ein Verwaltungsakt natürlich eine gewisse Zeit.

DATEN & FAKTEN

ENTWICKLUNG DER GELÄTER (2000-2018)

Funktionsebene 2

Schulwarte, Amtswarte, Haushalts-
gehilfe, Arbeiter, Hausmeister,
Bibliothekswart, ...

2000: 1.056,85 €
2010: 1.361,32 € **+40,80 %**
2018: 1.488,46 €

Funktionsebene 4

Facharbeiter, spezialisierter Straßen-
wärter, Fahrer, Sekretariatsassistent,
technischer Schulassistent, Telefonistin,
Lagerverwalter, ...

2000: 1.238,25 €
2010: 1.494,04 € **+32,05 %**
2018: 1.635,21 €

Funktionsebene 6

DV-Techniker, Mitarbeiter für Integration,
Bibliothekar, Buchhalter, Labortechniker,
Schullaborant, Verwaltungssach-
bearbeiter, Fahrprüfer

2000: 1.326,75 €
2010: 1.708,28 € **+38,85 %**
2018: 1.842,29 €

Funktionsebene 8

Bibliotheksinspektor, Inspektoren,
Verwaltungsinspektoren, Grundbuch-
führer, Katasterinspektoren

2000: 1.647,15 €
2010: 2.067,50 € **+36,08 %**
2018: 2.241,49 €

Inflation 2000 bis 2018: **+45,00 %**

ANZAHL DES PERSONALS IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

- ▶ **12.210** Landesverwaltung
davon Vollzeitstellen: 10.284,20
- ▶ **9.224** Lehrpersonen Schulen
staatlicher Art
davon Vollzeitstellen: 7.977,60
- ▶ **4.616** Gemeinden
- ▶ **3.324** Bezirksgemeinschaften
- ▶ **10.109** Landesgesundheitsdienst
- ▶ **3.035** Altersheime und Konsortien
- ▶ **220** Institut für sozialen Wohnbau
- ▶ **39** Verkehrsamt von Bozen
und Kurverwaltung Meran

INSGESAMT 42.777

48

Durchschnittsalter
der Landes-
bediensteten

50 %

der Landesangestellten
gehen innerhalb 2030
in Pension

Quelle: ASGB; Foto: Alexander Alber; ff-Gratlik



Was zeichnet eine gute Verwaltung aus?

Kundenorientierung und Eigenständigkeit. Dafür braucht es eine politische Kultur, die Mitarbeiter nicht zu Befehlsempfängern macht.

Gibt es die in Südtirol?

Ich habe den Eindruck, dass die Verwaltung in Südtirol eine gewisse Eigenständigkeit hat. Aber eine Verwaltung, die nur auf Weisungen wartet, würde auch gar nicht funktionieren.

Wenn die öffentlich Bediensteten demonstrieren, prallen in der Südtiroler Volkspartei zwei Welten aufeinander: Arbeitnehmer und Unternehmer. Die einen schwach, die anderen stark in der Sammelpartei, die zusammen mit der Lega das Land regiert. Das ist auch so, wenn es um Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst geht. Es stehen sich in der SVP bei diesem Thema gegenüber: Gerd Lanz und Helmuth Renzler. Die beiden machen die Bruchlinien deutlich, die die Partei durchziehen. Ist die Rhetorik auch sanft, so sind die unterschiedlichen Auffassungen dennoch unüberhörbar.

Gerd Lanz ist Unternehmer (Metallverarbeitung) und ehemaliger Präsident des LVH (Landesverband der Handwerker). Ihm ist die Rolle des Fraktionsprechers der SVP im Landtag zugefallen. Er fällt auf, mit seinen Sakkos in Flickenteppich-Optik. So unübersichtlich wie die Sakkos sind seine Reden, es fällt schwer, einen roten Faden zu finden.

„Es hat mich verwundert, mit welchen Geschützen man auffährt“, sagt Gerd Lanz zur Demo der öffentlich Bediensteten, „wir haben ja immer gesagt, dass wir verhandeln wollen.“ Lanz ist nicht gegen mehr Geld für die öffentlich Bediensteten, doch gleichzeitig stellt er etwa den Sanitätsfond in Frage, fordert die „Steigerung der Effizienz“, beklagt „Privilegien“ wie Mutterschaftsregelungen, Teilzeit und Arbeitsplatzgarantie, die Kosten für die Ausbildung von Handwerkern, die dann etwa zum Straßendienst wechseln, oder die „Auswüchse von hoch entwickelten Strukturen, die viele Tätigkeiten machen, die nicht mehr sinnvoll sind.“ Und er sagt: „Was ich noch bemängle, ist, dass in der Diskussion soziale Ausgleichsmaßnahmen nicht bewertet werden.“ Niedrige Löhne, aber dafür üppige Sozialleistungen?

Helmuth Renzler hat für das Inps gearbeitet, er ist ein Spezialist in Sachen Renten. Ein trockener Tüftler. Er sagt: „Man muss die Reallöhne erhöhen, 80 Euro pro Monat in drei Jahren sind viel zu wenig. Geht es so weiter, ist der öffentliche Dienst in ein paar Jahren nicht mehr konkurrenzfähig.“

Renzler rechnet mit 70 bis 120 Millionen Euro Mehrkosten pro Jahr für die öffentliche Hand: Leicht hereinzubringen durch strengere Steuerkontrollen und andere Prioritäten bei Investitionen. Und warum führe, wer von „Privilegien“ rede, diese Privilegien nicht in seiner eigenen Branche ein, dann seien alle gleich privilegiert.

„Mir sagen die Leute“, erzählt Karin Wellenzohn, „wir können nicht mehr.“

Hanspeter Staffler kennt die Landesverwaltung genau, er war deren Generaldirektor. Sein Bericht aus dem Jahr 2018 enthält eine dramatische Prognose: Bis 2030 geht die Hälfte der Landesangestellten in Pension – das Durchschnittsalter liegt bei 48 Jahren. Das lässt sich nicht kompensieren – schon jetzt fehlen Juristen, Informatiker, Straßenarbeiter, Kindergärtnerinnen (bis 2030 werden es mindestens tausend sein). Die Babyboomer (Mitte der Fünfziger- bis Ende der Sechzigerjahre) gehen langsam in Pension.

„Die Stimmung ist schlecht“, sagt Hanspeter Staffler, „es fehlt die Wertschätzung durch die Vorgesetzten und die Unternehmensleitung, durch die Landesregierung. Das hat jetzt zu dieser deutlichen Artikulation des Unmuts geführt.“ Staffler hat im Landtag einen Minderheitenbericht zum Haushalt vorgelegt, in dem er auf die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst in Bayern und in Deutschland verweist: Acht Lohnabschlüsse in Österreich in den Jahren 2011-2019 mit einem Plus von 15,3 Prozent, in Deutschland lagen die Steigerungen zwischen 2012 und 2018 bei 23 Prozent.

Seriöse Zahlen her und dann reden wir, sagt der Landeshauptmann: „Wissen Sie, womit die Forderung nach 10 Prozent mehr Lohn begründet wird? Ich weiß es nicht.“

Die Antwort ist einfach: Die Zahl kommt aus dem eigenen Haus, vom Amt für Arbeitsmarktbeobachtung. In deren Bericht vom November 2016 heißt es: „Andere Kategorien – angefangen beim öffentlichen Dienst – standen 2016 mit einem Bruttogehalt da, das seit 2009 rund 10 Prozent seiner Kaufkraft gegenüber den Bozner Preisen eingebüßt hat.“

„Es braucht jetzt eine Strategie“, sagt Wirtschaftsforscher Perini, „für die Entwicklung des öffentlichen Dienstes, eine Lohnerhöhung ist nicht genug. Was tut die Landesregierung, damit der Laden in zehn Jahren nicht zusammenbricht?“ ■



Ist der öffentliche Dienst noch attraktiv genug?
„Stark nachgelassen in den letzten Jahren im Vergleich mit der Privatwirtschaft.“

seeber-immobilien.com/de/Home/Jobs
sucht

Makler und Filialleiter.

Bewerbungen an:

harald@seeber-immobilien.com